

Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen) zur bevorstehenden bayerischen Dienstrechtsreform

Die Dienstrechtsreform kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten und deren Vertretern zu einem Fortschritt werden, darin waren sich BBB-Vorsitzender Rolf Habermann und Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen bei der Hauptausschusssitzung in München einig.

Aus erster Hand erläuterte Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel den derzeitigen Stand der Planungen der Staatsregierung zur Dienstrechtsreform. „Die Dienstrechtsreform ist eine Aufgabe, die gemeinsam vor uns liegt“, machte er deutlich. Diesmal sollen die Beschäftigten und deren Interessenvertretungen mit einbezogen werden. Die Länder seien jetzt aufgefordert zu sagen, was sie im Dienstrecht machen wollen. Der Freistaat wolle umfassend von seinen neuen Möglichkeiten Gebrauch machen und dabei alle Fragen mit den Beamtenvertretern anpacken.

Das Dienstrechts-Konzept des Bundes habe zu Recht große Enttäuschung ausgelöst. Dieses bedeute Stillstand und keine Reform – auch besoldungsmäßig. Es sei merkwürdig, dass der Bund das – zunächst – einprozentige Volumen aus dem Tarifbereich bei der Leistungsbesoldung nicht übernehmen wolle. Stattdessen werden Leistungsprämien gewährt – allerdings nur im Umfang von 0,3 Prozent, was den schon bisher gewährten Mitteln entspreche. Die Dienstalterstufen sollen in Erfahrungsstufen umgewandelt werden. Dabei werde wohl die Zahl der Stufen verringert. Auch in anderen Bundesländern herrsche derzeit weitgehend Zurückhaltung hinsichtlich der Vorlage neuer Konzepte. So richteten sich die Augen aller auf Bayern. Die Aussage von Ministerpräsident Edmund Stoiber: „Wir werden die Benchmark für Deutschland sein“ werde hier eintreten - hoffentlich auch in der Qualität. Es sollte keine weiteren Kürzungen mehr geben, dies habe auch der bayerische Finanzminister zugesichert.

Weil im September 2008 Landtagswahlen sind gehe es nun nicht so schnell voran. Es wäre unsinnig, in Zeiten eines Wahlkampfes Sachpositionen vorlegen und diskutieren zu wollen.

Zunächst sollen Fachthemen mit den Fachleuten erörtert werden. Dazu seien vier Fachhearings geplant. Zuerst werde es um die Ausgestaltung des Leistungsentgelts gehen. Wie viele Erfahrungsstufen soll es geben? Natürlich seien Beförderungen ein wesentlicher Leistungsanreiz. Wie soll aber der Empfängerkreis gestaltet werden? Heute sei dieser sehr klein. Sollten künftig nahezu alle in den Genuss von Leistungsentgelten kommen, gehe es um das mehr oder eben auch weniger.

Das zweite Fachhearing werde sich um Leistungsfeststellung drehen. Soll eine Leistungsbeurteilung eingeführt werden? Die Leistungsvergabe heute sei sehr intransparent. „Wir brauchen eine transparente, nachvollziehbare Leistungsbeurteilung“, forderte Hüllmantel. Wie kann diese Leistungsfeststellung mit der Regelbeurteilung verbunden werden? Der Beschäftigte müsse nach der Leistungseröffnung wissen, woran er ist. Wichtig sei die Frage der Streitschlichtung.

Das 3. Fachhearing sei überschrieben mit „Versorgung“. Diese Fragen hätten erhebliche materielle Auswirkungen. Wenn eines Tages acht oder mehr Prozent des Gehalts auf die Leistungsbeurteilung zurückgehen, werde dies erhebliche Bedeutung bekommen.

Die Mitnahme von Versorgungsbezügen sei dem Bund zu teuer. Die Fachleute redeten lieber über die Trennung der Systeme. Wer längere Zeit außerhalb des öffentlichen Dienstes zugebracht habe bekomme eine Rente und eine Zusatzversorgung aus der Zeit im öffentlichen Dienst, stellte sich Hüllmantel vor. Die Zusammenfas-

sung von Laufbahnen sei ein weiteres Thema. Wie können künftig Laufbahnwechsel gestaltet werden?

Bis zur Sommerpause sollen diese Fachhearings durchgeführt sein. Dann geht es um die Erarbeitung der Eckpunkte, mit denen sich der Ministerrat befassen wird. Vor der Wahl 2008 sollen diese Eckpunkte vorgelegt werden, versprach Ministerialdirigent Hüllmantel. Zum 1. Januar 2010 oder 2011 soll die Dienstrechtsreform dann in Kraft treten. Alles brauche Zeit, insbesondere wegen des zu erwartenden Schulungsbedarfs der Vorgesetzten.

Die Reform in Bayern werde keine Reform um der Reform willen. Ein großer Unterschied zur Wirtschaft sei der Schutz des Beamten vor willkürlicher Entlassung. Dieser Schutz diene der Unabhängigkeit des Verwaltungshandelns. „Dies steht nicht zur Disposition!“ Viele zögen daraus den falschen Schluss, dass Leistungselemente im Dienstrecht keine Rolle spielen würden. Das bestehende Dienstrecht könne jedoch besser werden.

Die ganz große Mehrheit der Staatsdiener arbeite brav, ordentlich und gut. Schlechte Leistung sei Thema einiger weniger. Es gebe aber auch eine Fülle von Menschen, die sich über das normale Maß hinaus einsetzen. „Hier können wir ansetzen und die Leistung dieser Menschen honorieren.“

„Wir nehmen die Fachhearings ernst“, versprach Ministerialdirigent Hüllmantel. Es wäre vermessen zu glauben, im Ministerium könne einfach so alleine ein derartiges Konzept entwickelt werden, das ins Gesetzgebungsverfahren gehe. Der Sachverständigenrat aller müsse hier einbezogen werden: von BBB, Einzelverbänden, Personalräten. Bei mancher zunächst gut klingenden Idee werde es manche Überraschung geben, darauf müsse dann eingegangen werden. Gemeinsam sei man auf einem guten Weg. Eine konstruktive Mitarbeit sei wichtig.

Dagmar Bär (Philologenverband) fragte nach, ob sich ein neuer Finanzminister an die Eckpunkte gebunden fühlen werde. Dies werde er müssen, zeigte sich Hüllmantel zuversichtlich.

Es zieht sich, entnahm Klaus Neumann den Ausführungen. Es müsse aber doch schon vorher irgendetwas geschehen mit einer Besoldungserhöhung, forderte er. Es könne doch nicht nur um leistungsbezogene Elemente gehen. „Wann gibt es einen Ausgleich?“ Die Staatsregierung werde sich dem allgemeinen Trend zu Besoldungserhöhungen nicht entziehen können, erwiderte Hüllmantel. BBB-Vorsitzender Rolf Habermann werde mit Ministerpräsident Stoiber und vielleicht auch dem künftigen Ministerpräsidenten sowie Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser bald Gespräche haben. 2,9 Prozent im Tarifbereich ab 2008 stünden in der Welt. Überall werde auch in der Wirtschaft über eine Erhöhung der Tariflöhne gesprochen.

BLLV-Präsident Albin Dannhäuser konnte seine Skepsis nicht verhehlen, dass die Reform finanziell als Nullsummenspiel enden werde. „Wird es nach dem großen Aufwand ein Nullsummenspiel geben, zumindest keine Verschlechterung? Gibt es mehr Gerechtigkeit und wer wird dies bezahlen? Können wir erwarten, dass sich die Bayerische Staatsregierung wirklich vor uns stellt und unsere berechtigten Ansprüche annimmt?“ Oder gehe es auf Biertischniveau in Richtung: jetzt wollen die schon wieder etwas.

Das neue Dienstrecht werde gerechter sein, da ist sich Ministerialdirigent Hüllmantel sicher. „Das muss unser Anspruch sein.“ Es gebe natürlich gegenwärtig die Vorgabe der Kostenneutralität und man werde sehen, ob dies auch hier angewandt wird. Der Tarifbereich habe allerdings Kosten gebracht, darauf müsse hingewiesen werden. Auch er würde sich wünschen, dass sich die Staatsregierung vor die Beamten stellt. Die Staatsregierung müsse dies nicht nur beteuern, sondern tatsächlich tun. „Dazu

gehört auch ein Stück Besoldungsgerechtigkeit!“, sagte Hüllmantel unter dem Beifall der Delegierten.

Das Leben in München sei 21 Prozent teurer als im bayerischen Durchschnitt, machte Peter Steininger (Deutsche Polizeigewerkschaft) aufmerksam. Auch ein Handeln in diesem Bereich gehöre zur Besoldungsgerechtigkeit.

Wie würden Regelbeurteilung und Leistungsfeststellung verbunden, fragte Dr. Angelika Rehm (Verband der Lehrer an beruflichen Schulen). Wenn es finanzielle Auswirkung hat, müsse die Leistungsbeurteilung dann jährlich sein? Wer nimmt die Leistungsfeststellung dann vor?

Auf ein fundamentales Problem der Professorenbesoldung verwies Professor Dr. Erwin Möde (Verband Hochschule und Wissenschaft). Hier gebe es eine enorme Absenkung der Professorengehälter um 20 bis 25 Prozent. Diese Absenkung verbinde sich neuerdings mit einer Praxis der Hochschulen bei der Vergabe der Professuren an junge Professoren, diesen nur befristete Verträge zu geben. Die junge Generation an Professoren werde doppelt abgestraft. Gute Nachwuchswissenschaftler ließen sich auf solche Hängepartien nicht mehr ein. Gerade Universitäten und Fachhochschulen in ländlichen Regionen litten darunter.

Nur mit befristeten Verträgen zu handeln hielt auch Hüllmantel für problematisch. Die Universitäten selbst müssten zu mehr ausreichender Verantwortung kommen.

Hinsichtlich der Laufbahndurchlässigkeit fragte Martin Schübler (Landwirtschaftlich-Technischer Dienst) nach.

Ein Berufsleben sei geprägt von Erfahrungswerten, zeigte sich Helene Wildfeuer (Bayerische Finanzgewerkschaft) in Erinnerung an die jüngst erlebte Verwaltungsreform skeptisch. Sie habe die große Sorge, dass am Schluss wieder aller Sachverständiger chancenlos sei, wenn die Staatskanzlei ihre Vorstellungen durchsetze und Verbände und Personalräte am Ende die Prügel der Beschäftigten bekommen.

Natürlich werde sich die Staatsregierung in diesen Prozess einbringen, meinte der Ministerialdirigent. „Es hat keinen Sinn, diese Reform gegen die Beschäftigten zu machen“ hofft er auf einen Unterschied zum Vorgehen bei der Verwaltungsreform. Niemand werde Lust haben, die Dienstrechtsreform gegen geballten Widerstand durchzuziehen.

Rainer Glissnik